

Bericht für das AMTSBLATT KW 28 vom 14. Juli 2017
Stadt Heubach - Aus der Arbeit des Gemeinderats
Gemeinderatssitzung vom 04.07.2017

Aufgrund der hochsommerlichen Temperaturen bei den letzten Sitzungen und des zu erwartenden Interesses der Bürger zum Thema „Nordumfahrung“ tagte der Gemeinderat vergangene Woche in der mit Klimaanlage ausgestatteten Silberwarenfabrik.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Sitzung standen die Ergebnisse aus der Einwohnerversammlung zur Nordumfahrung und die Neufestsetzung der Elternbeiträge für die Kindertageseinrichtungen in Heubach und Lautern im neuen Kindergartenjahr. Außerdem auf der Agenda: der Finanzzwischenbericht 2017, der geplante Jugendpark in der Mögglinger Straße, der Spendenbericht für das erste Halbjahr 2017 sowie die Bestellung von Frau Schwarzkopf zur Standesbeamtin.

Die sich anschließende nicht öffentliche Sitzung umfasste vier weitere Tagesordnungspunkte.

Bürgerfragestunde

Herr Dr. Steinemann fragte nach, weshalb die **Nordumgehung** schon wieder auf der Tagesordnung stehe. Seit Jahrzehnten leiden die Bürger unter Lärm und Schmutz (v.a. Gmünder Straße), der täglich von den durchfahrenden Autos verursacht wird. Dies schade nicht nur der Gesundheit, sondern habe auch Einfluss auf die Lebensfreude. Er appellierte daran, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und schnell zum Planungsverfahren zu kommen.

Der Vorsitzende verwies hierzu auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt.

Beratung über die Anregungen und Stellungnahmen der Einwohnerversammlung zur Nordumfahrung - Fortführung der Planung

Bürgermeister Frederick Brütting ging einleitend noch einmal auf die ersten Beschlüsse des Gemeinderats zur Nordumfahrung im November 2016 sowie die Einwohnerversammlung am 16. Mai 2017 ein. Rund zweihundert Teilnehmer und 28 Wortmeldungen bei der Versammlung sowie nachfolgend ein Schreiben von Herrn Dr. Günter Mezger mit Planungsvorschlägen und einer umfassenden Unterschriftenliste, eine schriftliche Stellungnahme der Gemeinde Böbingen/BM Jürgen Stempfle zur Gemeindeverbindungsstraße und des Bauernverbands Ostalb zur Unterführung. Er dankte allen, die sich hier eingebracht haben - dies sei ein besonders gutes Beispiel für gelebte Bürgerbeteiligung. Der Vorsitzende fasste die wesentlichen Punkte aus der Einwohnerversammlung, über die ein Protokoll angefertigt und alle Vorschläge und Anregungen für die Abwägung festgehalten wurden, zusammen: Kritik und Bedenken zur geplanten Unterführung (v.a. Flächenverbrauch und Entwässerung), schnelle Realisierung gewünscht, kein zusätzlicher Durchgangsverkehr in den Rodelwiesen, verkehrsberuhigter Bereich bei der Dorfschenke, Fragen zur Verkehrssicherheit im Hinblick auf einen plangleichen Anschluss (Kreuzung oder Kreisverkehr), Lärmschutz, Höhenlage der Straße, mögliche Rechtsmittel gegen die Planung, Anregungen zur Trassenführung, etc. Nach weiterer Prüfung im Nachgang zu den vorgebrachten Anliegen - insbesondere hinsichtlich der Unterführung im Bereich der bestehenden Gemeindeverbindungsstraße (GVS) - wurde vom Regierungspräsidium von der bisherigen Planung Abstand genommen und nunmehr eine Überführung (v.a. aufgrund der Entwässerungsthematik und Nachteilen bei der Befahrbarkeit) favorisiert. Aus einer vorliegenden Stellungnahme des RP zu den wichtigsten Fragen aus der Einwohnerversammlung geht klar hervor, dass diese ortsnahe Variante ohne Anschluss der Rodelwiesen als beste und genehmigungsfähige Lösung gesehen wird. Eine plangleiche Anbindung wird aus sicherheitstechnischen Gründen sowie aus Gründen der Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs weiterhin abgelehnt. Gleiches gilt für eine Linksabbiegespur aus den Rodelwiesen auf die Nordumfahrung ebenso wie für den Vollanschluss des Wohngebietes Rodelwiesen und für eine Auffahrtsspur nur für den landwirtschaftlichen Verkehr auf die Umfahrung mit Schließung der GVS.

Dipl.-Ing. Wolfgang Bartsch stellte dem Gremium im Anschluss die Planung der Überführung dar: Das geplante Brückenbauwerk über die Landesstraße werde mit Rampen (ca. 6 % Steigung) 270 m lang, rund 7 m breit und habe eine lichte Höhe von 4,50 m. Neu ist hier eine Anbindung der Rodelwiesen im Bereich des Damms. Die Planung sei nach den entsprechenden Richtlinien erfolgt und technisch problemlos machbar.

StR Thomas Abele äußerte sich zunächst lobend über die große Beteiligung bei der Einwohnerversammlung sowie über deren gute Vorbereitung und Ablauf. Beim weiteren Vorgehen sei die Diskussion und Abwägung der Anregungen und der neuen Erkenntnisse wichtig, wobei nicht nur ein rasches Handeln, sondern vor allem eine dauerhafte Lösung im Mittelpunkt stehe. Bei der Diskussion der Schwerpunktthemen (Lärmschutz -> fehlendes Gutachten, Trassenführung, Knotenpunkt) innerhalb der

CDU-Fraktion habe sich eindeutig gezeigt, dass es hier keine Zustimmung zu der vom RP favorisierten Überführung (großes hohes Bauwerk, hohe Kosten, löst Problem nicht) geben werde. Er machte deutlich, dass man mit dem Vorgehen nicht einverstanden ist und nicht die vom Regierungspräsidium vorgelegte Planung akzeptieren werde. StR Abele erklärte, dass eine plangleiche Kreuzung das Votum der Fraktion sei und wies darauf hin, dass dies auch der ursprüngliche Vorschlag des RP gewesen war. Er betonte, dass in Heubach eine andere Situation als anderswo gegeben sei und sich hier eine Umfahrung darstelle, die den Verkehr an mehreren Stellen ein- und ausleitet. Schon heute gebe es zwei Kreuzungen und genehmigte Ein- und Ausfahrten für Industriebetriebe. Es sei daher schwierig, der Argumentation des RP zu folgen. Es sei wichtig, die Anbindung der Rodelwiesen zu klären - kein Komplettanschluss/kein Anschluss an der Kreuzung, aber Status quo der Zufahrt belassen - ebenso eine Abstimmung mit Böbingen hinsichtlich der GVS. Auch müssten die Belange des Ortsteil Buchs im Hinblick auf eine Verkehrsberuhigung vor der Dorfschenke berücksichtigt werden. StR Abele wies darauf hin, dass auch die Fußgänger und Radfahrer, die die Straße kreuzen, beachtet werden müssen - hier schlage man eine Unter- oder Überführung je nach Machbarkeit und Abwägung der Gesamtkosten vor. Um gegenüber dem RP einen klaren Standpunkt und ein starkes Votum vertreten zu können, wurde von den Fraktionen des Gemeinderats (CDU, UB und BL) ein gemeinsamer Beschluss formuliert, der von StR Abele vorgetragen wurde (*siehe Ende des Abschnitts und Abstimmung*).

Den Ausführungen schlossen sich die Sprecher der UB- und BL-Fraktionen, StR Erich Blum und StR Karl Grötzing, in ihren Stellungnahmen explizit an und stellten sich geschlossen hinter den von StR Abele vorgestellten Vorschlag.

StR Blum bezeichnete die Stellungnahme des RP als sehr präsidial und sah keinen Platz für eine Abwägung. Die Unterführung sei zwar glücklicherweise vom Tisch, doch stelle die Überführung seines Erachtens keine Alternative dar und werde noch mehr Verkehr in den problematischen Bereichen verursachen - Ziel sei die Entlastung Buchs und nicht der Umgehungsstraße. Die GVS solle nicht gekappt werden, aber auch nicht in Buch hereinführen. Der Vorschlag der Verwaltung, die GVS zeitweise zu sperren, seien „Nebelkerzen“ und ein teures Bauwerk dann nicht zu nutzen nicht plausibel. Auch können die Argumente des RP hinsichtlich der Verkehrssicherheit nicht von der Fraktion getragen werden, die keine höhere Gefährdung durch eine Kreuzung sieht; man ist der Meinung, „dass die Autofahrer in der Lage sind, ihr Kfz zu lenken“. StR Blum räumte ein, dass der Verkehrsfluss durch einen plangleichen Anschluss behindert werde - dies sei jedoch positiv zu bewerten, da eine reduzierte Geschwindigkeit auch weniger Gefahr und weniger Lärm bedeute. Gefahr entstehe vielmehr, wenn der landwirtschaftliche Verkehr weiterhin durch Buch geführt werde.

StR Karl Grötzing ergänzte, dass die Überführung (wuchtiges Bauwerk, passt nicht in die Umgebung) eine dauerhafte Belastung für die Remsstraße und die Dorfmitte Buchs bedeute und damit keine gute Lösung darstelle. Die von den Fraktionen als beste Lösung gesehene plangleiche Anbindung stelle außerdem den geringsten Flächenverbrauch und die geringsten Umweltbeeinträchtigungen dar, habe geringere Herstellungskosten und später auch weniger Unterhaltungskosten gegenüber Unter- und Überführung.

StR Günther Lux äußerte sich erstaunt über den fraktionsübergreifenden Vorschlag, von dem die SPD Gruppierung erst kurz vor der Sitzung Kenntnis erhielt. Mit Hinweis auf die bereits getroffenen Beschlüsse sah er die Glaubwürdigkeit des Gemeinderats als schwer beschädigt an und betonte die Außenwirkung z.B. der Gemeinde Böbingen gegenüber. Er machte deutlich, dass er sich dem Beschluss nicht anschließen werde.

Auch Bürgermeister Brütting verwies noch einmal auf die aktuelle Beschlussfassung vom November 2016 (mehrheitlich mit vier Nein-Stimmen) und die darauf basierenden Gespräche mit dem Regierungspräsidium. Er betonte, dass es trotz der Ablehnung der Überführung und der Forderung einer plangleichen Anbindung einigen Konsens gebe: keine grundsätzliche Änderung der Trassenführung, kein Komplettanschluss der Rodelwiesen (keine Zufahrt, nur Ausfahrt), Optimierung der Feldwegeverbindung, Unterführung im Bereich der Kleintierzüchter, Rückbau alter Verkehrswege und auch hinsichtlich der Gemeindeverbindungsstraße keine komplette Abweichung. Der Vorsitzende sagte zu, dem Regierungspräsidium die Beschlüsse des Gemeinderats vorzutragen, wies jedoch ausdrücklich darauf hin, dass der Wunsch nach einer zusätzlichen Radfahrer/Fußgänger Unter- oder Überführung von der Stadt Heubach zu finanzieren ist und es hierfür keine Zuschüsse geben werde. Außerdem betrifft der Beschluss eine aus Sicht des RP nicht genehmigungsfähige Planung. Er betonte, dass es sich um eine Landesstraße handelt (Straßenbaulastträger genehmigt und zahlt) und ein genehmigter Richtlinienentwurf des RP für den Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans notwendig ist. Keine Genehmigung bedeute kein Bebauungsplan und damit eine Verzögerung des Verfahrens. Heubach müsse sich bezüglich des Planfeststellungsverfahrens wieder ganz hinten anstellen. Ein Ausstieg sei seines Erachtens nicht der richtige Weg und berge Risiken.

StR Gerhard Kuhn ist der Meinung, dass kein Abwägungsprozess stattgefunden hat und verwehrt sich gegen die pauschalen Hinweise des RP. Er bezeichnete Verkehrssicherheit und -fluss als „Todschlagnargumente“ gegen die plangleiche Anbindung. Das RP ist seines Erachtens in der Pflicht, seine Position zu überdenken und den gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen zu berücksichtigen. Damit ergehe auch der Auftrag an die Verwaltung, die Interessen der Gemeinde zu vertreten.

Der Gemeinderat folgte **mehrheitlich mit zwei Nein-Stimmen** (StRätin Christine Sommer und StR Günter Lux) **und einer Enthaltung** (Bürgermeister Brütting) dem gemeinsamem Beschlussvorschlag der CDU-, UB- und BL-Fraktionen:

- Der Gemeinderat lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltung (Vorbereitung des Bebauungsplans L1161 Nordumfahrung Heubach auf Grundlage der dargestellten Planung einer Überführung) ab.

Der Gemeinderat beschließt eine plangleiche Kreuzung ergänzt durch eine Abbiegespur und eine Über-/Unterführung für Fußgänger/Radfahrer im Bereich Rodelwiesen.

Auf Grundlage dieses Beschlusses wird die Verwaltung beauftragt, mit dem RP weiter zu verhandeln.

- Beim Anschluss der Rodelwiesen soll der Status quo bzgl. der Anbindung (Einbahnstraße) beibehalten werden. Planerisch soll ein Komplettanschluss zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden.

- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Termin mit der Gemeinde Böbingen (mit Vertretern der Fraktionen) einzuplanen, um die Möglichkeiten der Verkehrsführung der Gemeindeverbindungsstraße zu besprechen.

- Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung eines Arbeitskreises bestehend aus Gemeinderat, Bürgern und der Verwaltung.

Neufestsetzung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen ab September 2017

Die Thematik wurde bereits in der Verwaltungsausschusssitzung vom 21. Juni 2017 nicht öffentlich vorberaten. Bürgermeister Brütting wies eingangs auf den hohen Betreuungsstandard und die große Angebotsvielfalt in Heubach sowie den geringen Beitrag der Eltern im Verhältnis zu den Gesamtkosten hin.

Frau Ute Knöpfle, stellvertretende Hauptamtsleiterin, erinnerte an die 2013 beschlossene Systematik und die Empfehlungen der kommunalen und kirchlichen Landesverbände zur Berechnung der Elternbeiträge für über- und unterdreijährige Kinder. Für 2017/18 liegt die Erhöhungsempfehlung bei acht Prozent und für 2019/20 bei den üblichen drei Prozent. Der Verwaltungsausschuss hatte sich für eine Glättung, d.h. eine Erhöhung um sechs und fünf Prozent ausgesprochen. Auf die „Grundbeiträge“ für die Betreuung in den Regelgruppen wird für andere Betreuungsarten ein dem zusätzlichen personellen Aufwand entsprechender Aufschlag erhoben. Dabei orientiert sich die Berechnung an der Anzahl der dauernd im Familienhaushalt lebenden Kinder (bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres) sowie bei der ganztägigen Betreuung außerdem am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen der Familie. Nachdem im vergangenen Jahr von einer Anhebung der Beiträge für eine ganztägige Betreuung über- und unterdreijähriger Kinder abgesehen und eine neue Einkommensstaffelung festgelegt wurde, war hier eine weitere Entscheidung notwendig. Nach der Systematik wird zur Errechnung des Basisbetrages der Beitrag für verlängerte Öffnungszeiten (sechs Std./tägl.) auf zehn Stunden täglich hochgerechnet und mit einem Aufschlag von 20 % versehen. Da sich dadurch insbesondere die Beiträge für unter dreijährige Kinder gegenüber den bisherigen Tarifen immens steigern würden, wurde vorgeschlagen, von der Systematik abzuweichen und die Erhöhung von sechs und fünf Prozent analog der anderen Betreuungsarten auch für die Errechnung der ganztägigen Elternbeiträge zu übernehmen, d.h. den bisherigen Basisbetrag für eine ganztägige Betreuung (Einkommensstufe 2 - 1.500 bis 2.250 €) im Kindergartenjahr 2017/18 um sechs Prozent und im darauffolgenden Jahr um weitere fünf Prozent zu steigern.

Von StR Markus Bretzler wurde im Namen der BL-Fraktion ein weiterer Vorschlag zur Berechnung der Elternbeiträge für die Ganztagesbetreuung vorgelegt - demnach sollte eine Erhöhung um sechs bzw. fünf Prozent in jeder Einkommensstufe und nicht nur im Basisbetrag erfolgen, um alle Einkommensstufen gleichmäßig zu belasten. Dieser Vorschlag fand bei der Abstimmung jedoch keine Mehrheit.

Mehrheitlich mit sieben Nein-Stimmen beschloss das Gremium:

- Es gelten die Empfehlungen der kommunalen und kirchlichen Landesverbände zur Berechnung der Elternbeiträge für über- und unterdreijährige Kinder (geglättete Erhöhung um 6 % in 2017/18 und 5 % in 2018/19).

- Der Elternbeitrag für verlängerte Betreuungszeiten mit 30 Wochenstunden errechnet sich aus dem Regelgruppenbeitrag zuzüglich einem Aufschlag von 25 %.

- Auf der Grundlage des Elternbeitrags für verlängerte Betreuungszeiten mit 30 Std./Woche wird der Beitrag für 35 Std./Woche hochgerechnet

- Die prozentuale Erhöhung für die Betreuung unterdreijähriger Kinder in Regel- und verlängerter Betreuungszeit beläuft sich für die kommenden beiden Kindergartenjahren auf jeweils 80 %

- Grundlage für die Berechnung der Elternbeiträge für eine ganztägige Betreuung über und unter dreijähriger Kinder ist abweichend von der Systematik ein Aufschlag von sechs und fünf Prozent auf den Basisbeitrag.

Finanzzwischenbericht 2017

Verbandskämmerer Thomas Kiwus konnte dem Gremium erneut einen positiven Zwischenbericht geben - alles sei im „grünen Bereich“ - die finanzielle Situation hat sich für Heubach aufgrund verschiedener Parameter im ersten Halbjahr sehr gut entwickelt: 300.000 € (Zuführungsrate an den

Vermögenshaushalt) mehr für Heubach aus diversen Steuertöpfen (Einkommensteuer und Finanzausgleich (Kopfbetrag, Umsatzsteueranteil)). Bereits beschlossene überplanmäßige Ausgaben sind damit abgedeckt und auf die Kreditaufnahme (geplant 207.000 €) kann nach dem heutigen Stand der Dinge verzichtet werden. Ein Wermutstropfen bleibt das Aufkommen der Einkommensteuer - nach den ersten Schlüsselzahlen für 2017/18 und einer bundesweiten signifikanten Steuerverbesserung zeigt sich, dass sich Heubach hier gegen den Trend bewegt und weniger Einnahmen zu verzeichnen sind. Eine „große Unbekannte“ ist nach Herrn Kiwus die Gewerbesteuer, die sich sehr schwankend darstellt (Ende Januar: 3,0 Mio. €, aktuell: 2,7 Mio. €); hier weist der Haushalt einen zurückhaltenden Planansatz (2,6 Mio. €) auf.

Bürgermeister Brütting äußerte sich sehr zufrieden im Hinblick auf die Perspektive einer zu erwartenden Pro-Kopf-Verschuldung unter 1.000 € zum Ende 2017.

Der Gemeinderat nahm den Finanzzwischenbericht **zur Kenntnis**.

Jugendpark Mögglinger Straße

Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits in der Verwaltungsausschusssitzung vom 21. Juni behandelt (siehe Bericht im Amtsblatt der KW 26) und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen. Bürgermeister Brütting ging noch einmal kurz auf das Zustandekommen und die Bedeutung des 8er-Rats ein (neuer innovativer Weg, wichtiges Element der Jugendbeteiligung) und stellte die Wünsche der Jugendlichen für die Umgestaltung des Skaterplatzes in der Mögglinger Straße zu einem Jugendpark vor (v.a. Ballfangzaun und neuer Belag beim Basketballfeld, Anschaffung von Kleinspielfeldtoren, mehr Sitzgelegenheiten und eine zusätzliche Überdachung, weitere Mülleimer, eine Outdoor-Tischtennisplatte und Bäume als Schattenspender, Zebrastreifen für mehr Querungssicherheit). Er lobte dabei das Engagement der Jugendlichen - das Projekt wurde von ihnen selbst entwickelt und auch bei der Umsetzung werden sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Außerdem soll eine gemeinsam erarbeitete Nutzungsregelung (u.a.: für Jugendliche ab 12 Jahren, ab 22 Uhr Einhaltung der allgemeinen Nachtruhe, Ahnden von Regelverstößen wie Vermüllung und Lärmbelästigung) dafür sorgen, das Verantwortungsgefühl der Jugendlichen für „ihren Platz“ zu stärken. Der Vorsitzende betonte, dass es auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung wichtig ist, die Jugendlichen zu binden und einen Beitrag zu einer lebendigen Stadt zu leisten.

Die Gremiumsmitglieder waren sich über die Wichtigkeit eines angemessenen Aufenthaltsortes für Jugendliche in Heubach einig (Wortmeldungen von StRätin Ellen Renz, StR Erich Blum, StR Dominik Frey, StR Markus Bretzler) und lobten die sehr gute Anleitung des 8er-Rats durch das Jugendbüro und die Unterstützung durch das Stadtbauamt. StR Heinz Pfisterer wies hinsichtlich der Befestigung des Ballfangzauns auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Untergrunds hin; die Verwaltung sagte zu, dies bei der Ausführung zu beachten. StR Gerhard Kuhn merkte außerdem in diesem Zusammenhang die Parkplatzsituation vor Ort an - durch den Wegfall einer weiteren Grünfläche werde sich diese weiter zuspitzen; darüber müsse man sich im Hinblick auf größere Sportveranstaltungen längerfristig Gedanken machen. Bürgermeister Brütting erklärte hierzu, dass mit dem TSV bereits Gespräche stattgefunden haben und beim Bebauungsplan „Erlen“ entsprechende Parkplätze vorgesehen werden sollen, womit die wegfallenden Parkplätze mindestens kompensiert werden.

Nach kurzem Meinungs austausch votierte das Gremium **einstimmig** für die Einrichtung des Jugendparks in der Mögglinger Straße. Die Gesamtkosten der Neuplanung belaufen sich auf rund 78.000 €. Die Umsetzung soll in Tranchen bis 2019 erfolgen. Es stehen auch Zuschüsse in Aussicht.

Bürgermeister Brütting bezeichnete die Entscheidung als ein schönes Zeichen an die Jugendlichen, die mit ihren Anliegen ernst genommen werden.

Spendenbericht 1. Halbjahr 2017

Hauptamtsleiter Eckhard Häffner stellte dem Gremium den Bericht über die im ersten Halbjahr 2017 bei der Stadt Heubach eingegangenen Spenden/Schenkungen in Höhe von 2.155,31 € vor. Demnach hat die Stadt 120 € von insgesamt 18 Spendern zugunsten der Partnerstadt Anderamboukane und 2.035,31 € für verschiedene städtische Veranstaltungen und Zwecke erhalten.

Der Gemeinderat stimmte der Annahme der Beträge **einstimmig** zu und der Vorsitzende bedankte sich bei allen Spendern.

Bestellung von Frau Schwarzkopf zur Standesbeamtin

Ohne Diskussion und **einstimmig** stimmte das Gremium der Bestellung von Frau Stefanie Schwarzkopf zur Standesbeamtin mit Wirkung zum 15.07.2017 zu.

Bekanntgaben, Sonstiges

- StR Erich Blum gab Beschwerden über die **Vermüllung an der Ruine** am Rosenstein weiter. Diese nehme überhand, überall liegen Scherben und Einweggrills herum, wobei die Benutzung letzterer bei der trockenen Jahreszeit ohnehin eine Gefahr darstellt. Er wollte von der Verwaltung wissen, wie man gedenke, damit umzugehen. Bürgermeister Brütting bestätigte, dass es verheerend dort aussehe und informiert, dass die Polizei am Wochenende oben gewesen sei und ein entsprechender Bericht an den Forst Baden-Württemberg erfolgen werde. Es sei hier eine Abstimmung zwischen Polizei und Forst B-W

notwendig. Eventuell werde der Bereich zeitweise gesperrt. StRätin Julia Gaiser sprach sich dafür aus, es zunächst mit einem Appell über Facebook und/oder das Amtsblatt zu probieren, bevor eine Sperrung vorgenommen wird.

- StRätin Julia Gaiser lobte das **Heubacher Freibad** - das Ambiente sei sehr gut geworden und habe mit dem Sonnensegel am Kinderbecken, den neuen Liegen und Stühlen deutlich mehr Aufenthaltsqualität. Auch die längeren Öffnungszeiten bewertete sie sehr positiv. Der Vorsitzende hob außerdem die neuen Duschen bei den Damen sowie die Neuanschaffung eines Wickeltischs hervor und informierte über 18.000 Besucher zum heutigen Tag (zum Vergleich in 2016: 5.000 Besucher). Das Freibad werde - auch dank des besseren Wetters - sehr gut angenommen.

Auf Nachfrage von StR Alexander Wahl hinsichtlich einer neuen Rutsche im Nichtschwimmerbecken erklärte der Vorsitzende, dass diese erst in 2018 kommen werde. Man habe bereits verschiedene Angebote eingeholt und im Herbst solle darüber im Gemeinderat entschieden werden.

StRätin Anika Sturm regte an, im nächsten Jahr die Öffnungszeiten eventuell schon ab Mitte Juni zu verlängern und wünschte sich hier ein flexibles Handeln. Der Vorsitzende nahm den Wunsch entgegen und machte dies nicht nur vom Wetter, sondern auch von der Personalsituation abhängig.

- StR Karl Grötzingler merkte an, dass in Buch in der 30er Zone in der Erlenstraße vermehrt zu schnell gefahren werde und bat darum, die **Geschwindigkeitsmessanlage** aufzustellen. Dies wurde von Bürgermeister Brütting zugesagt.